

Quelle: [http://sozialarbeitsnetz.de/News-Display.29.0.html?&no\\_cache=1&tx\\_ttnews\[tt\\_news\]=947&tx\\_ttnews\[year\]=2007&tx\\_ttnews\[month\]=05](http://sozialarbeitsnetz.de/News-Display.29.0.html?&no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=947&tx_ttnews[year]=2007&tx_ttnews[month]=05)

11-05-2007

Rheinische Jugendhilfe-Politiker fordern Änderungen an "Kibiz" Landesjugendhilfe-Ausschuss beschließt Resolution

Kategorie: Soziale Arbeit allg., Sozialpolitik, KiTa

(NRW). Mit dem Gesetzes-Entwurf für das sogenannte Kinderbildungsgesetz - kurz "KiBiz" - ist die Mehrheit der Mitglieder im Landesjugendhilfe-Ausschuss nicht einverstanden. Deshalb fordert das Gremium mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP in einer Resolution die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen zu Änderungen auf.

Inhaltlich schließt sich der Landesjugendhilfe-Ausschuss Rheinland den Aussagen der Kommunalen Spitzenverbände in NRW und der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege an. Zentrale Forderungen sind, dass das Gesetz mit einer Revisionsklausel versehen werden soll. Das heißt, nach einer Einführungsphase soll das Gesetz auf den Prüfstand kommen, weil die Auswirkungen der Finanzierung noch nicht absehbar seien. Kritik erhält das geplante KiBiz-Gesetz auch, weil die Aufgaben und Ziele für die Kinder-Tageseinrichtungen nicht klar definiert sind und keine Qualitäts-Standards festgelegt werden.

Nachfolgend die Resolution des Landesjugendhilfe-Ausschusses Rheinland im Wortlaut:

**R e s o l u t i o n**

zum Referentenentwurf des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz)

Der Landesjugendhilfeausschuss Rheinland schließt sich den Aussagen der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände in NRW und der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in NRW zum Referentenentwurf für ein Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (KiBiz) an und unterstützt die Forderung nach einer umfassenden Überarbeitung des Gesetzentwurfs. Insbesondere fordert der Landesjugendhilfeausschuss Rheinland eine bedarfsgerechte Beteiligung des Landes am Betrieb und am Ausbau von Kindertagesstätten. Der Landesjugendhilfeausschuss Rheinland fordert die Landesregierung NRW auf, den Referentenentwurf zum Kinderbildungsgesetz kurzfristig zu überarbeiten und die Forderungen sowohl der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände in NRW als auch der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in NRW in dieser Überarbeitung zu berücksichtigen."